

«Die FDP-Unterstützung ist sein Trumpf»

Während viele Beobachter Bundespräsident Merz massiv kritisieren, zieht er selber eine positive Bilanz. Sozialgeograf Michael Hermann erklärt, warum Merz sich trotz Fehlern in der Libyenaffäre bisher im Amt halten konnte.

Bundespräsident Merz zieht in einem Interview eine positive Bilanz über sein eigenes Wirken als Bundespräsident und redet sich stark. Warum macht er gleichzeitig den Zeitpunkt seines Rücktritts vom Willen der eigenen Partei abhängig?

Michael Hermann:

Der Bundespräsident will damit wohl zeigen, dass die FDP und insbesondere Parteipräsident Fulvio Pelli weiterhin voll und ganz hinter ihm stehen. Das ist in der aktuellen Situation, wo er ja massiv unter Druck ist, sein grösster Trumpf. Er geht damit aber auch ein hohes Risiko ein: Entzieht ihm die Partei das Vertrauen, muss er praktisch zurücktreten.



Das heisst, die Unterstützung der Partei ist das Einzige, was Merz noch im Amt hält?

Nein, er profitiert auch von der speziellen Konstellation. Im Fall Libyen handelt es sich ja um ein aussenpolitisches Geschäft. Nach einem ersten Aufschrei hielten sich daher die Politiker mit Rücktrittsforderungen zurück, um nicht Gaddafi in die Hände zu spielen. Auch wollte niemand die beiden Schweizer Geiseln in Libyen gefährden. Zudem hat sich das Ganze nun in die Länge gezogen, wodurch sich die Gemüter etwas beruhigen konnten.

Relativ zurückhaltend waren auch die Medien. Warum?

Es ist praktisch unbestritten, dass Merz mit den besten Absichten handelte, als er versuchte, die Libyenkrise zu lösen. Er hat also nichts «verbrochen», macht vielmehr einfach eine schlechte Figur. Schlechte Politik alleine ist aber weder in der Schweiz noch in den meisten anderen Ländern ein Rücktrittsgrund.

Bundesrat Samuel Schmid musste vor einem Jahr aber wegen der Affäre um Armeechef Roland Nef zurücktreten. Und dabei hat auch er nur ungeschickt, nicht aber böswillig agiert.

Offenbar hat Merz eine dickere Haut als Schmid. Auch Schmid hätte, wenn er denn unbedingt gewollt hätte, Bundesrat bleiben können. Anders als Merz wollte er sich das aber nicht mehr antun.

Dann hat Schmid einfach sensibler reagiert?

Nein, nicht nur. Erschwerend kam bei ihm hinzu, dass er nicht mehr die grosse SVP, sondern nur noch die kleine BDP hinter sich hatte. Die Unterstützung der eigenen Partei ist für Merz, wie bereits erwähnt, zentral. Ohne Partei im Rücken geht es fast nicht. Auch Elisabeth Kopp hat als Bundesrätin in dem Moment aufgegeben, als sie von der eigenen Partei nicht mehr gestützt wurde.

Bleibt die Frage, warum die FDP ein Interesse daran hat, Merz nun durch alle Böden hindurch zu verteidigen.

FDP-Präsident Pelli fürchtet offenbar, in der Ersatzwahl für Merz den zwei-



Zufrieden mit seinem Jahr als Bundespräsident ist nur Bundesrat Hans-Rudolf Merz selber – und die FDP. Bild: key

ten FDP-Bundesratssitz zu verlieren. Er sieht seine Partei durch die kürzlich erfolgte Wahl von Didier Burkhalter in den Bundesrat gestärkt. Und Pelli gelingt es innerhalb der Partei, diese Meinung durchzusetzen.

Aber wäre es für die FDP möglicherweise nicht einfacher, jetzt den zweiten

Bundesratssitz zu verteidigen als erst nach den Parlamentswahlen 2011?

Das sehe ich auch so. Die CVP ist geschwächt, nachdem sie Urs Schwaller nicht in den Bundesrat gebracht hat. Sie würde sich einen neulichen Angriff auf einen FDP-Sitz zweimal überlegen. Insofern könnte ein Rücktritt für die FDP eine Chance sein. Sie erhielte möglicherweise einen neuen Bundesrat als Lokomotive für die Wahlen 2011. Der Romand Burkhalter kann dies in der Deutschschweiz nicht sein und Merz schon gar nicht. Wie wichtig Bundesräte als Wahllokomotiven sein können, hat sich 2007 mit Christoph Blocher und Doris Leuthard gezeigt.

Warum kommt Pelli denn zu einer ganz anderen Einschätzung?

Pelli ist ein vorsichtiger Mensch, der möglichst alles unter Kontrolle haben will. Daher schätzt er die Risiken eines Rücktritts von Merz höher ein als die Chancen.

Gibt es auch bei den anderen Parteien taktische Gründe dafür, dass sie nicht zu laut nach einem Rücktritt rufen?

Ja. Die CVP ist nach der Nichtwahl von Urs Schwaller etwas kleinlaut geworden. Sie rechnet sich wohl 2011

bessere Chancen aus, um den zweiten Bundesratssitz zurückzuerobern. Und die SVP will es sich mit der FDP nicht verderben, sucht im Gegenteil die Annäherung an die Freisinnigen. Denn offenbar ist in der SVP dank einem Lernprozess die Einsicht gereift: Ohne Bündnispartner können wir den zweiten Bundesratssitz nicht zurückerobern.

Dann wird die Partei künftig weniger provokativ auftreten?

Vermutlich ist das so. Das zeigt sich im Kanton Zürich bei den aktuellen Regierungswahlen, wo die Partei mit einem moderaten Kandidaten antritt. Und Zürich ist bei der SVP meist ein Vorreiterkanton.

Somit erwartet uns 2011 ein ruhiger SVP-Wahlkampf?

Nein, die SVP muss sich bei den Wählerinnen und Wählern in Erinnerung rufen, um die Wahlen nochmals zu gewinnen. Gleichzeitig sollte sie sich aber im Bundeshaus nach Verbündeten umschauen. So ist die Chance am grössten, dass Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf abgewählt und durch einen SVP-Vertreter ersetzt wird. INTERVIEW: MICHAEL BRUNNER

Rücktritt? «Das müssen Sie Fulvio Pelli fragen»

ZÜRICH – Hans-Rudolf Merz will nach seinem umtriebigen Präsidentschaftsjahr nicht von sich aus zurücktreten. In einem Interview mit der Gratiszeitung «20 Minuten» legte der Bundesrat aber nahe, dass er auf Geheiss der Parteispitze hin sein Amt niederlegen würde. Auf die Frage, ob ein Rücktritt vor den Wahlen 2011 sinnvoll sein könnte, um der FDP den zweiten Bundesratssitz zu sichern, antwortete Bundesrat Merz: «Das müssen Sie den Parteipräsidenten Fulvio Pelli fragen.» Die Partei habe durchaus Einfluss auf die Bundesräte aus ihren Reihen. Bisher sei das Signal der Partei aber klar gewesen: «Bitte, bleib im Bundesrat!»

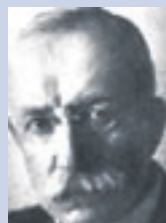
Fehler in seiner Amtsführung ist sich der Bundespräsident nicht bewusst. Er würde alles nochmals genau gleich machen, sagte er in dem Interview. «Wenn man die Resultate betrachtet, ging kein einziges Dossier schief», so Hans-Rudolf Merz. Die Schweiz sei nicht mehr auf der Grauen OECD-Liste, Steuerprojekte wie die Familienbesteuerung, die kalte Progression oder die Mehrwertsteuer hätten die Hürden genommen. Zudem habe man die Schwierigkeiten mit der UBS geregelt und beim Abbau des Bundesengagements einen grossen Gewinn gemacht.

Merz gab sich überzeugt, dass die Schweiz bei der Bewältigung der Li-

byenkrise heute weiter sei als vor seiner Reise nach Nordafrika. Sein Erfolg bestehe darin, dass sein Besuch wieder Bewegung in die Sache gebracht habe. Vorher sei nichts mehr gegangen. Dass er am 20. August nach Tripolis flog, obwohl er am Vortag im Bundesrat noch gesagt hatte, er werde nicht reisen, erklärte Merz mit einem Telefon des libyschen Premierministers, der ihn richtiggehend beschworen habe, nach Libyen zu kommen. Zur Frage, ob er seine spontane Reise nach Tripolis auch rückblickend noch für richtig halte, sagte Merz wörtlich: «Ich musste sie machen. Jemand musste in diese Blase stehen.» (gu/sda)

DIE WICHTIGSTEN ERZWUNGENEN RÜCKTRITTE AUS DEM BUNDESRAT

Arthur Hoffmann (FDP), 1917



In Kriegszeiten kommt dem Neutralitätsprinzip besondere Bedeutung zu. An diesem Prinzip scheiterte Arthur Hoffmann. Der damalige Aussenminister schaltete sich gegen Ende des Ersten Weltkriegs in den europäischen Friedensprozess ein. Er schickte ein **vertrauliches Telegramm** an einen Schweizer Informanten in Russland. Darin schrieb er, dass Deutschland nach seinen Informationen keine Offensive unternehmen werde, sodass die Aussichten für einen Frieden nicht schlecht seien. Durch eine Indiskretion wurde das Telegramm der Stockholmer Zeitung «Socialdemokraten» zugespielt, die es in entstellter Form veröffentlichte. Die Alliierten waren empört über die vermeintliche Vermittlung eines Sonderfriedens zwischen Deutschland und Russland. Zwei Tage nach der Publikation des Telegramms gab Hoffmann dem Bundesrat seinen Rücktritt bekannt.

Marcel Pilet-Golaz (FDP), 1944



Auch der Zweite Weltkrieg forderte im Schweizer Bundesrat ein Opfer. Zum Stolperstein für Marcel Pilet-Golaz wurde die Frage der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. Pilet verkündete, er wolle die innere Front nicht durch eine Anerkennung der Sowjetunion erschüttern, nahm aber dennoch 1944 **geheime Verhandlungen mit der UdSSR** auf. Dabei zeigte er wenig Geschick, sodass die Russen die Kontakte abbrachen – verknüpft mit der Forderung, die Schweizer Regierung müsse ihre «profaschistische» Politik widerrufen. Pilet, dessen Rücktritt bereits 1943 von der Presse gefordert worden war, verlor den Rückhalt in seiner Partei und bei den Sozialdemokraten. Drei Tage nach der Zurückweisung aus Moskau gab der Waadtländer seinen Rücktritt auf Ende Jahr bekannt – er hätte 1945 zum dritten Mal Bundespräsident werden sollen.

Paul Chaudet (FDP), 1966



Wie entscheidend der politische Rückhalt ist, zeigt auch der Sturz Paul Chaudets. Der Verteidigungsminister setzte sich 1961 für den **Kauf von 100 Mirage-Kampfflugzeugen** ein und erhielt vom Parlament grünes Licht. Drei Jahre später musste er diesem aber einen Nachtragskredit von 576 Millionen Franken für die Flugzeuge unterbreiten. Eine parlamentarische Untersuchung hielt fest, dass «unglaubliche Nachlässigkeiten» in seinem Departement zur Kostenexplosion geführt hätten. Erst schien sich Chaudet mit Bauernopfern – der Generalstabschef und der Kommandant der Fliegertruppen mussten gehen – retten zu können. Als der angeschlagene Politiker sich aber für 1967 zum Bundesvizepräsidenten wählen lassen wollte, verweigerte ihm die Delegiertenversammlung der FDP fast einstimmig die Unterstützung. Zwei Tage später trat Chaudet zurück.

Elisabeth Kopp (FDP), 1988



Die erste Bundesrätin der Schweiz stolperte über den Geldwäschereverdacht gegen ihren Mann und einen Anruf. Im Oktober 1988 tätigte die damalige Justizministerin ein **Telefonat an ihren Mann** Hans Kopp, als sie erfuhr, dass gegen eine Firma, in deren Verwaltungsrat dieser sass, wegen Verdachts auf Geldwäscherei ermittelt wurde. Hans Kopp trat sofort aus dem Verwaltungsrat zurück. Die FDP-Politikerin setzte den Gesamtbundesrat über diese Vorfälle nicht in Kenntnis. Auch als ihr Mann einen Hinweis aus dem Justiz- und Polizeidepartement in der Presse in Abrede stellte, schweig Kopp. Im Dezember liess sie sich zur Bundesvizepräsidentin wählen. Nur zwei Tage später musste sie unter dem Druck von Presseberichten jedoch zugeben, dass sie ihren Mann gewarnt hatte. Drei Tage danach gab sie dem Druck der FDP-Obersten nach und trat zurück.

Samuel Schmid (SVP), 2008



Den Gesamtbundesrat umging auch Samuel Schmid. Der Verteidigungsminister informierte diesen nicht darüber, dass gegen Roland Nef, den er als Armeechef vorschlug und wählen liess, zum Wahlzeitpunkt ein Strafverfahren **hängig** war. Dessen ehemalige Partnerin hatte den **Vorwurf des Stalkings gegen den Armeechef** erhoben. Nef soll in ihrem Namen auf Sexinserate geantwortet und ihre Koordinaten verschickt haben. Schmid schien seinen Kopf vorerst aus der Schlinge ziehen zu können, als Nef den Hut nahm. Die Sicherheitskommissionen beider Räte konnten sich nicht zu Rücktrittsforderungen durchringen. Am Ende kam Schmid Rücktritt überraschend. Er erfolgte einen Tag nachdem sein Rüstungsprogramm, dessen Erfolg mit Schmid's politischem Schicksal verbunden worden war, im Parlament die nötige Unterstützung gefunden hatte. (gu)